



INHALT Juni 2010

SEITE 1

DGB FORDERT NATIONALEN AKTIONSPLAN

Beschluss des 19. Ordentlichen Bundeskongresses.

SEITE 2

GEWERKSCHAFTEN GEGEN RECHTS

Broschüre des DGB gibt Überblick über Aktivitäten

VERNETZUNG GEGEN RECHTS

Städte-Koalition gegen Rassismus hat sich etabliert

SEITE 3

ZURÜCKLEHNEN FUNKTIONIERT NICHT

Kumpelverein zeichnete die Sieger im Wettbewerb „Die gelbe Hand“ aus

MIT IM BOOT

Neue Mitglieder im Kumpelverein

DIE PREISTRÄGER

Wettbewerb „Die gelbe Hand“

SEITE 4

DIE GELBE HAND AUS DER BRAUNEN TONNE

Wie vor 20 Jahren ein Mahnmal gegen Rechts entstand

FILM DES MONATS:

Wir gehören zu euch



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

DGB FORDERT NATIONALEN AKTIONSPLAN GEGEN RASSISMUS

Beschluss des 19. Ordentlichen Bundeskongresses

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung auf – ähnlich wie beim Nationalen Integrationsplan – einen Prozess zur Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus einzuleiten. Ziel muss es sein, gemeinsam mit den Organisationen der Zivilgesellschaft, den Minderheitenorganisationen, den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie Ländern und Kommunen einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen auszubauen.“ Dies ist die zentrale Forderung eines Beschlusses des 19. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB, der vom 16. bis 20. Mai 2010 in Berlin stattfand.

Der Beschluss geht aus von der Vorstellung, dass Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus sowie die in den letzten Jahren wachsende Feindlichkeit gegenüber Menschen aus dem islamischen Kulturkreis Angriffe auf die Demokratie darstellen und das Zusammenleben in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft bedrohen. Rassistische Einstellungen sind keine Phänomene, die nur in bestimmten Altersgruppen, bei sozial Benachteiligten oder in einzelnen Regionen anzutreffen sind, sondern in allen Bevölkerungsgruppen. Daraus wird geschlossen: „Die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus darf daher nicht auf einzelne Zielgruppen reduziert werden, sondern muss umfassend angelegt und als Aufgabe der gesamten Gesellschaft gesehen werden.“

Der DGB warnt davor, dass rechtsextreme Organisationen wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Themen aufgreifen und für ihre Zwecke umdeuten. Deshalb ist es wichtig, „dass eine inhaltliche und politische Auseinandersetzung mit vermeintlich sozialen Forderungen der Rechtsextremisten wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Strategie

gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus ist“. Eine solche Auseinandersetzung müsse auch Bestandteil der Lehrpläne an allgemein bildenden und beruflichen Schulen sein. Bei der Auseinandersetzung mit Rechts stehen aus Sicht des DGB vielfach die Täter im Mittelpunkt von Maßnahmen. Programme, die die Veränderung von politischen Einstellungen zum Ziel haben sind ebenso richtig wie Aussteigerprogramme. „Gleichwohl müssen die von Rassismus und Antisemitismus betroffenen Gruppen gestärkt werden. Die Schaffung gleicher Partizipationsrechte und das Recht auf politische Teilhabe

sind ein Instrument im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.“

Eine entscheidende Rahmenbedingung für die Bekämpfung von Rassismus ist aus Sicht des DGB die Stärkung der Zivilgesellschaft. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen „können mit ihren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einen entscheidenden Beitrag zur Sensibilisierung der eigenen Mitgliedschaft und darüber hinaus der ganzen Gesellschaft leisten. Sie tragen nach innen und außen eine Verantwortung für die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus.“ Dabei – so der DGB – müssen sie von Bund und Ländern unterstützt werden.



So sehen Siegerinnen und Sieger aus. Auf der Treppe in der ver.di-Zentrale in Berlin präsentierten sich am 21. Mai 2010 die Gewinner des diesjährigen Wettbewerbs „Die gelbe Hand“. Mehr auf Seite 3.

GEWERKSCHAFTEN GEGEN RECHTS

Broschüre des DGB gibt Überblick über Aktivitäten

„Die gewerkschaftlichen Strategien und Aktivitäten gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus sind vielfältig. Dazu gehören Demonstrationen, die Aufklärung über rechtsextreme Ideologien und Codes genauso wie die politische Bildungsarbeit und das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Aber es geht auch um die Bekämpfung der Ursachen rassistischer und menschenfeindlicher Einstellungen, die bis in die Mitte der Gesellschaft weit verbreitet sind.“ Dies schreibt Annelie Buntenbach, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB im Vorwort zu einer im Mai erschienenen Broschüre über beispielhafte gewerkschaftliche Handlungsansätze gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Die Broschüre bietet keine flächendeckende Dokumentation aller Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften und Gliederungen des DGB – das wäre anhand der Fülle des Materials gar nicht möglich. Deshalb werden die von Gewerkschaften genutzten Methoden und Ansätze vorgestellt und mit einigen anschaulichen und beispielhaften Aktivitäten illustriert.

Die Aktivitäten wurden systematisiert und sieben Kapiteln zugeordnet.

Dies sind:

- Betriebe und Verwaltungen
- Gewerkschaftliche Bildung
- Demonstrationen und Präsenz auf Straßen und Plätzen
- Aktions- und Gedenktage
- Netzwerke und Kooperationen
- Veröffentlichungen und Materialien.

In einem weiteren Kapitel werden kreative Ansätze vorgestellt, die von ihrer Zielsetzung her im Grunde mehreren Handlungsfeldern zugeordnet werden müssten.

Ein zentrales Arbeitsfeld der Gewerkschaften sind die Betriebe. Auf dieser Ebene gibt es häufig eine Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Betriebsrat sowie der Unternehmensleitung. Eine wichtige Grundlage: Die Gewerkschaften bieten Schulungen für Betriebsräte und Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung an, um Hintergrundwissen über rechtsextreme Ideologie und Strategien zu vermitteln.

Eine wichtiger Ansatz bei der betrieblichen Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stellen Vereinbarungen in Betrieben und auf Branchenebene dar. Darin werden Rahmenbedingungen des Zusammen-

arbeitens im Betrieb benannt vor allem beim Umgang mit Menschen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen. Zuwiderhandlungen werden mit Sanktionen belegt. Wichtig ist allerdings, dass solche Vereinbarungen auch im betrieblichen Alltag verankert werden.

Ein Beispiel für eine Branchenvereinbarung ist die von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband Nahrung und Genuss im Juni 2008 gestartete Initiative „Gemeinsam für Toleranz“. Ausgehend von der Feststellung, dass in Deutschland Menschen zunehmend wegen ihrer Herkunft, Religion, ihres Geschlechts oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden, haben beide beschlossen daran zu arbeiten, in den Betrieben gegenseitigen Respekt und Toleranz zu stärken.

In dem Kapitel „Zivilcourage mobilisieren und Gegenöffentlichkeit herstellen“ wird deutlich mit wie viel Fantasie gegen Nazisaufmärsche agiert wird. Das reicht von den bundesweit bekannt gewordenen Aktionen „Köln stellt sich quer“ und „Marxloh stellt sich quer“ bis zu kleineren Aktivitäten wie ein antifaschistischer Frühjahrsputz in Dortmund, bei dem vor allem SchülerInnen und Auszubildende Aufkleber

doku

DGB

Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Beispielhafte gewerkschaftliche Handlungsansätze



von Nazi-Organisationen von Haltestellen, Laternenpfählen und so weiter entfernten.

Insgesamt zeigt die Broschüre wie vielfältig die gewerkschaftliche Arbeit gegen Rechts ist und dass sie vor allem dann Spaß macht, wenn man gemeinsam erfolgreich ist.

Die Broschüre Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus – Beispielhafte gewerkschaftliche Handlungsansätze (Hrsg.: DGB Bundesvorstand Bereich Migrations- und Antirassismuspoleitik kann über das Internet bestellt werden unter:

www.dgb-bestellservice.de
Wer keinen Zugang zum Internet hat kann bestellen bei:
PrintNetwork pn GmbH
Stralauer Platz 33 – 34
10243 Berlin

VERNETZUNG GEGEN RECHTS

Städte-Koalition gegen Rassismus hat sich etabliert

Was haben Charleroi (Belgien), Santander (Spanien), Malmö (Schweden) und die fränkische Metropole Nürnberg gemeinsam? Man muss wohl ein bisschen recherchieren und nachdenken, um Übereinstimmungen zu finden. Ganz schnell findet man sie bei einem Blick in die Städte-Koalition gegen Rassismus (European Coalition of Cities against Racism – ECCAR). Und diese Gemeinsamkeit teilen sie mit 97 weiteren Kommunen in insgesamt 21 europäischen Ländern.

Die Städte-Koalition gegen Rassismus ist eine Initiative der UNESCO, die am 10. Dezember 2004 in Nürnberg gestartet wurde. Das seither verfolgte Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, das sich gemeinsam für einen wir-

kungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzt.

Der Vorteil dieses Ansatzes liegt darin, dass die lokale Ebene näher an Fällen von Diskriminierung und Rassismus dran ist als die staatliche. Staaten müssen internationale Konventionen, Empfehlungen und Erklärungen ratifizieren und deren Umsetzung garantieren. Konkret geschehen kann Letzteres am besten vor Ort, wo auch die Betroffenen, die Opfer von Diskriminierung einbezogen werden können. Das ist der Hintergrund für die Initiative der UNESCO.

ECCAR ist Teil der weltweiten Initiative „Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus“ der UNESCO. Weitere regionale Koalitionen wur-

den 2006 in Bangkok (Asien/ Pazifik), Nairobi (Afrika) Montevideo (Lateinamerika und Karibik) und 2007 in Calgary für Kanada gegründet.

Die Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus hat einen Zehn-Punkte-Aktionsplan verabschiedet, über dessen Umsetzung die Städte alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen. Dieser wird auf einer Tagung diskutiert und bewertet. Unterstützt werden die Städte bei der Umsetzung vom wissenschaftlichen Sekretariat der UNESCO in Paris.

Von der formalen Struktur her gibt es die Mitgliederversammlung, die mindestens einmal jährlich stattfindet, die wesentliche Entscheidungen trifft und den Lenkungsausschuss. Dieser besteht aus 16 VertreterInnen

European
Coalition
of Cities



against Racism

aus den Mitgliedsstädten sowie je einem Vertreter oder einer Vertreterin der UNESCO und der Stadt Nürnberg, bei der auch die Geschäftsstelle der Koalition angesiedelt ist.

Eine zentrale Aufgabe des Lenkungsausschusses ist es, die Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstädten zu unterstützen und die Kooperation sowie den Erfahrungsaustausch mit anderen regionalen Koalitionen und Netzwerken gegen Rassismus zu koordinieren und zu fördern.

Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg unter:

www.menschenrechte.nuernberg.de

GEWERKSCHAFTEN GEGEN RECHTS

Broschüre des DGB gibt Überblick über Aktivitäten

„Die gewerkschaftlichen Strategien und Aktivitäten gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus sind vielfältig. Dazu gehören Demonstrationen, die Aufklärung über rechtsextreme Ideologien und Codes genauso wie die politische Bildungsarbeit und das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Aber es geht auch um die Bekämpfung der Ursachen rassistischer und menschenfeindlicher Einstellungen, die bis in die Mitte der Gesellschaft weit verbreitet sind.“ Dies schreibt Annelie Buntenbach, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB im Vorwort zu einer im Mai erschienenen Broschüre über beispielhafte gewerkschaftliche Handlungsansätze gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Die Broschüre bietet keine flächendeckende Dokumentation aller Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften und Gliederungen des DGB – das wäre anhand der Fülle des Materials gar nicht möglich. Deshalb werden die von Gewerkschaften genutzten Methoden und Ansätze vorgestellt und mit einigen anschaulichen und beispielhaften Aktivitäten illustriert.

Die Aktivitäten wurden systematisiert und sieben Kapiteln zugeordnet.

Dies sind:

- Betriebe und Verwaltungen
- Gewerkschaftliche Bildung
- Demonstrationen und Präsenz auf Straßen und Plätzen
- Aktions- und Gedenktage
- Netzwerke und Kooperationen
- Veröffentlichungen und Materialien.

In einem weiteren Kapitel werden kreative Ansätze vorgestellt, die von ihrer Zielsetzung her im Grunde mehreren Handlungsfeldern zugeordnet werden müssten.

Ein zentrales Arbeitsfeld der Gewerkschaften sind die Betriebe. Auf dieser Ebene gibt es häufig eine Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Betriebsrat sowie der Unternehmensleitung. Eine wichtige Grundlage: Die Gewerkschaften bieten Schulungen für Betriebsräte und Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung an, um Hintergrundwissen über rechtsextreme Ideologie und Strategien zu vermitteln.

Eine wichtiger Ansatz bei der betrieblichen Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stellen Vereinbarungen in Betrieben und auf Branchenebene dar. Darin werden Rahmenbedingungen des Zusammen-

arbeitens im Betrieb benannt vor allem beim Umgang mit Menschen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen. Zuwiderhandlungen werden mit Sanktionen belegt. Wichtig ist allerdings, dass solche Vereinbarungen auch im betrieblichen Alltag verankert werden.

Ein Beispiel für eine Branchenvereinbarung ist die von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband Nahrung und Genuss im Juni 2008 gestartete Initiative „Gemeinsam für Toleranz“. Ausgehend von der Feststellung, dass in Deutschland Menschen zunehmend wegen ihrer Herkunft, Religion, ihres Geschlechts oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden, haben beide beschlossen daran zu arbeiten, in den Betrieben gegenseitigen Respekt und Toleranz zu stärken.

In dem Kapitel „Zivilcourage mobilisieren und Gegenöffentlichkeit herstellen“ wird deutlich mit wie viel Fantasie gegen Nazisaufmärsche agiert wird. Das reicht von den bundesweit bekannt gewordenen Aktionen „Köln stellt sich quer“ und „Marxloh stellt sich quer“ bis zu kleineren Aktivitäten wie ein antifaschistischer Frühjahrsputz in Dortmund, bei dem vor allem SchülerInnen und Auszubildende Aufkleber

doku

DGB

Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Beispielhafte gewerkschaftliche Handlungsansätze



von Nazi-Organisationen von Haltestellen, Laternenpfählen und so weiter entfernten.

Insgesamt zeigt die Broschüre wie vielfältig die gewerkschaftliche Arbeit gegen Rechts ist und dass sie vor allem dann Spaß macht, wenn man gemeinsam erfolgreich ist.

Die Broschüre Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus – Beispielhafte gewerkschaftliche Handlungsansätze (Hrsg.: DGB Bundesvorstand Bereich Migrations- und Antirassismopolitik) kann über das Internet bestellt werden unter:

www.dgb-bestellservice.de
Wer keinen Zugang zum Internet hat kann bestellen bei:
PrintNetwork pn GmbH
Stralauer Platz 33 – 34
10243 Berlin

VERNETZUNG GEGEN RECHTS

Städte-Koalition gegen Rassismus hat sich etabliert

Was haben Charleroi (Belgien), Santander (Spanien), Malmö (Schweden) und die fränkische Metropole Nürnberg gemeinsam? Man muss wohl ein bisschen recherchieren und nachdenken, um Übereinstimmungen zu finden. Ganz schnell findet man sie bei einem Blick in die Städte-Koalition gegen Rassismus (European Coalition of Cities against Racism – ECCAR). Und diese Gemeinsamkeit teilen sie mit 97 weiteren Kommunen in insgesamt 21 europäischen Ländern.

Die Städte-Koalition gegen Rassismus ist eine Initiative der UNESCO, die am 10. Dezember 2004 in Nürnberg gestartet wurde. Das seither verfolgte Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, das sich gemeinsam für einen wir-

kungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzt.

Der Vorteil dieses Ansatzes liegt darin, dass die lokale Ebene näher an Fällen von Diskriminierung und Rassismus dran ist als die staatliche. Staaten müssen internationale Konventionen, Empfehlungen und Erklärungen ratifizieren und deren Umsetzung garantieren. Konkret geschehen kann Letzteres am besten vor Ort, wo auch die Betroffenen, die Opfer von Diskriminierung einbezogen werden können. Das ist der Hintergrund für die Initiative der UNESCO.

ECCAR ist Teil der weltweiten Initiative „Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus“ der UNESCO. Weitere regionale Koalitionen wur-

den 2006 in Bangkok (Asien/ Pazifik), Nairobi (Afrika) Montevideo (Lateinamerika und Karibik) und 2007 in Calgary für Kanada gegründet.

Die Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus hat einen Zehn-Punkte-Aktionsplan verabschiedet, über dessen Umsetzung die Städte alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen. Dieser wird auf einer Tagung diskutiert und bewertet. Unterstützt werden die Städte bei der Umsetzung vom wissenschaftlichen Sekretariat der UNESCO in Paris.

Von der formalen Struktur her gibt es die Mitgliederversammlung, die mindestens einmal jährlich stattfindet, die wesentliche Entscheidungen trifft und den Lenkungsausschuss. Dieser besteht aus 16 VertreterInnen

European
Coalition
of Cities



against Racism

aus den Mitgliedsstädten sowie je einem Vertreter oder einer Vertreterin der UNESCO und der Stadt Nürnberg, bei der auch die Geschäftsstelle der Koalition angesiedelt ist.

Eine zentrale Aufgabe des Lenkungsausschusses ist es, die Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstädten zu unterstützen und die Kooperation sowie den Erfahrungsaustausch mit anderen regionalen Koalitionen und Netzwerken gegen Rassismus zu koordinieren und zu fördern.

Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg unter:

www.menschenrechte.nuernberg.de

Seit Ende Mai wirbt im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick eine Straßenbahn für Demokratie und Toleranz. Zu diesem Zweck wurde sie von Studenten der Hochschule für Technik und Wirtschaft gestaltet. Auf einem „Fest für Demokratie und Toleranz, gegen Angsträume“ am Bahnhof Schöneweide wurde die Straßenbahn der Linie 63 von der Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler eingeweiht und startete ihre Route zum ersten Mal.

Diese Route führt sie zunächst an dem Lokal „Zum Henker“, einem über Berlin hinaus bekannten Nazi-Treff, vorbei. Später in Köpenick passiert sie das Haus, in dem Parteivorstand der NPD sitzt.



WIR GEHÖREN ZU EUCH

Film des Monats:

Das Berliner Projekt „Jugendkulturlosen“ will Jugendliche zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für interkulturelle Kompetenz ausbilden, für interethnische Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft sensibilisieren und so präventiv gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzung wirken. In diesem Rahmen wurden Theater- und Videoworkshops durchgeführt, in denen sich die Teilnehmenden mit den genannten Themen sowie mit „Kultur“, „Identität“, „Heimat“ etc. auseinandersetzten. In dem Film „Wir gehören zu euch“ äußern sich männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund zu ihrer Einstellung zu Deutschland, zu Identität und Herkunft und zu ihren Erfahrungen mit Integration und Ausgrenzung. Außerdem sind Ausschnitte aus den Workshops, die im Rahmen des Projektes durchgeführt werden, zu sehen.

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Berlin e. V. (RAA) (Hrsg.)

Dokumentarfilm, Berlin: 2009

Laufzeit: 11 Min. DVD

Der Film kann über

das DGB-Bildungswerk

ausgeliehen werden:

www.migration-online.de/medienverleih

DIE GELBE HAND AUS DER BRAUNEN TONNE

Wie vor fast 20 Jahren in Hamm ein Mahnmal gegen Rechts entstand

Wer zufällig einmal in Hamm in Westfalen ist und durch die Straßen schlendert, wird vor dem Jugendzentrum eine Entdeckung machen: Die gelbe Hand als Mahnmal, genauer: die gelbe Hand kommt aus einer braunen Tonne. Seit fast 20 Jahren steht das Mahnmal dort. Uwe Speckenwirth von der Gewerkschaft ver.di weiß wie das Mahnmal dahin gekommen ist, er war nämlich beteiligt.

Begonnen hatte es 1989. Im Wahlkampf zur Europawahl traten die Republikaner mit einer massiven Materialschlacht an. Uwe Speckenwirth, damals bei den Falken aktiv, war wie viele andere Jugendliche der Meinung, dass man nicht einfach zuschauen sollte, wie Hamm mit rechter Propaganda überschwemmt wird. Falken, Jusos und die Jugend der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (heute TRANSNET) wurden aktiv. Als die Republikaner in der Stadt ihr Material verteilte, stellten die engagierten Jugendlichen in der Nähe eine braune Tonne auf. „Da“, so erinnert sich Uwe Speckenwirth, „konnten die Passanten den braunen Müll entsorgen.“ Aus dem Papier wurde Pappmaschee gebastelt und daraus eine gelbe Hand, die aus der braunen Tonne herauskam. Dieses Mahnmal wurde dann unter

Schirmherrschaft der damaligen Oberbürgermeisterin aufgestellt. Das Mahnmal wurde wenig später zerstört.

Die Aktion wurde bei der im selben Jahr stattfindenden Kommunalwahl noch einmal wiederholt. Aber Pappmaschee ist nicht sehr beständig und das Mahnmal war bald wieder weg. Und irgendwie schlief die Sache ein.

Nach den rassistischen Übergriffen Anfang der 90er Jahre – Hoyaerwerda, Mölln, Solingen – gab es auch in Hamm einen Aktionstag gegen Rechts. Da wurde die Idee neu belebt – diesmal aber nicht in Pappmaschee. Die Auszubildenden bei der Bahn schweißten mit Unterstützung ihres Ausbildungsleiters eine Hand, Uwe Speckenwirth sorgte dafür, dass sie feuerverzinkt wurde, also rostfrei ist. Gelb angestrichen wurde sie in eine braune Tonne einbetoniert und vor dem Jugendheim aufgestellt. Eine kleine Informationstafel am Jugendheim informiert über den Hintergrund. Und so steht die Gelbe Hand seit fast 20 Jahren da. In regelmäßigen Abständen wird sie restauriert, Farbe ausgebessert oder ähnliches. Die Aufgabe haben die Falken übernommen. „Meine Kinder restaurieren mit“, sagt Uwe Speckenwirth.

IMPRESSUM

Der Newsletter „Aktiv und Gleichberechtigt“ wird gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds.



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Leo Monz, DGB Bildungswerk
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Holger Vermeer, IG Bau

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40800900